

Übersetzung des Berichts der spanischen Zeitung [EL INDEPENDIENTE \(25. März 2021\)](#)

Vom "größten Schlag gegen den Waffenhandel" bis zur Rückgabe von 11.000 Schusswaffen, die als Sammlerstücke gelten

Ein Richter erzwingt die Rückgabe des vor vier Jahren in Getxo beschlagnahmten Waffenarsenals an einen Großhändler für Waffensammler. Die Besitzer wurden verhaftet und beschuldigt, Teil eines organisierten Komplotts zu sein.

MIKEL SEGOVIA

25.03.2021AKTUALISIERT AM 26.03.21 - 22:30



Die Operation wurde als die größte, die jemals gegen den Waffenhandel in Spanien durchgeführt wurde, und als eine der wichtigsten in Europa bezeichnet. Sie wurde am 12. Januar 2017 durchgeführt. Vier Jahre später hat der Richter entschieden, dass alles in der Waffenkammer in Gexto legal war und dass die Schusswaffen in Ordnung waren.

Nun müssen sie an das Lager zurückgegeben werden, aus dem sie beschlagnahmt wurden, da sie zu Sammlungszwecken aufbewahrt wurden. Die Operation, die von der Nationalen Polizei in Zusammenarbeit mit Europol durchgeführt wurde, wurde vom Innenministerium der damaligen Regierung von Mariano Rajoy breit publiziert.

Im Laufe der nächsten zwei Monate müssen die etwas mehr als 11.000 Schusswaffen an die Besitzer zurückgegeben werden, denen sie entzogen wurden. Wenige Wochen nach der Razzia wurden die Schusswaffen nach einer Inventur als Symbol für den "größten Schlag" gegen den Waffenhandel

ausgestellt, der je geführt wurde. Doch die biskayische Waffenschmiede hat sich seit fast zwanzig Jahren auf den Verkauf von Schusswaffen an Sammler, Museen, den Einzelhandel oder sogar für die Verwendung als Filmrequisiten spezialisiert.

Amaya Prieto, die zusammen mit ihrem Vater die Waffenkammer "Cantabrico Militar" leitet, versicherte "El Independiente", dass die Gerichtsentscheidung getroffen wurde, nachdem überprüft wurde, "dass alles in Ordnung und legal ist".

Sie bekräftigt, dass das gesamte Inventar noch nicht zurückgegeben wurde, aber dass "sie es in den nächsten zwei Monaten nach und nach tun werden." Die Familie, der die Waffenkammer gehört, ist verletzt durch den Schaden, den diese Operation für ihre Familie und ihr Geschäft verursacht hat.

Inspektion im Auftrag

Die sogenannte "Operation Portu" vom 12. Januar 2017 wurde gleichzeitig in Getxo, Galdakao, Olot (Girona) und Liendo (Kantabrien) durchgeführt. Amaia, ihr Vater und zwei weitere Personen wurden verhaftet. Die Vorwürfe gegen sie waren äußerst schwerwiegend. Das Innenministerium beschuldigte sie, Teil eines Waffenhandelsnetzwerks zu sein, das Waffen an organisierte Kriminelle und terroristische Gruppen liefert. Das Ministerium erklärte, dass die Waffenschmiede deaktivierte Schusswaffen verkaufte, aber Teile besaß, die zur Reaktivierung benötigt wurden, und dass sie über eine Werkstatt verfügten, um solche Arbeiten auszuführen. Die Operation wurde als die wichtigste Operation dargestellt, die durchgeführt wurde.

Nur drei Monate später wurden die Verhafteten jedoch ohne Anklageerhebung freigelassen, da weder die Staatsanwaltschaft noch der Ermittlungsrichter genügend Beweise sahen, um sie unter dem Vorwurf des illegalen Waffenbesitzes, der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und der Fälschung von Dokumenten in Haft zu halten.

Amaya stellte kurz darauf klar, dass es sich bei ihrem Geschäft um einen Großhandel in diesem Bereich handelte und dass alle Schusswaffen aus der Fabrik stammten und bereits deaktiviert waren. Sie bekräftigte, dass regelmäßige Inspektionen durch die Schusswaffeneinheit der Guardia Civil durchgeführt würden und es nie zu Zwischenfällen gekommen sei. Die Inhaftierten wurden im April 2017 freigelassen. Jetzt, vier Jahre später, werden sie das gesamte beschlagnahmte Inventar zurückerhalten.

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)